

WAHLPRÜFSTEINE

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

„aktiv in Berlin“

1. Welche Position vertritt Ihre Partei in Bezug auf eine verlässliche Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement?

Für die CDU Berlin gehören die Förderung ehrenamtlichen Engagements sowie die Unterstützung von Vereinen zu den Grundpfeilern ihrer Politik. Denn Ehrenamt, ehrenamtliches Engagement sowie Freiwilligendienste und Vereinsarbeit sind für die CDU unverzichtbare Bestandteile einer lebendigen Bürgergesellschaft, in der Werte wie Demokratie, Vielfalt und Solidarität gelebt werden. Sie sind von unschätzbarem Wert für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, erfüllen wichtige Vorbildfunktionen und wirken sozialer Ausgrenzung sowie zunehmender Entsolidarisierung entgegen. Damit wird entscheidend dazu beigetragen, viele zentrale Probleme unserer Gesellschaft zu lösen. Zugleich werden den Menschen vielfältige Möglichkeiten geboten, das gesellschaftliche Leben aktiv und ideenreich mitzugestalten sowie ihre eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen einzusetzen und auszubauen.

In Deutschland sind zurzeit ca. 23 Millionen Bürger ehrenamtlich aktiv. Viele engagieren sich über ihre täglichen Pflichten hinaus und leisten einen ganz persönlichen Beitrag für das solidarische Miteinander und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Allen diesen Menschen kann man für ihren Einsatz nicht genug danken. Deshalb braucht es eine verlässliche Anerkennungskultur, um immer wieder zu verdeutlichen, bürgerschaftliches Engagement ist unverzichtbar, wird wertgeschätzt und hat einen festen Stellenwert in unserer Gesellschaft sowie in der öffentlichen Wahrnehmung.

2. Welche Verbesserungen kann Ihre Partei sich diesbezüglich vorstellen?

In den letzten Jahren ist auf Bundesebene insbesondere auf Initiative der CDU viel zur Stärkung der Anerkennungskultur auf den Weg gebracht worden. So gelang es beispielsweise 2007, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und Vereinsarbeit durch ein Gesetz entscheidend zu verbessern.

Doch auch auf Landesebene hat sich einiges getan, obwohl bei weitem noch nicht alle Potentiale ausgeschöpft sind. So können wir uns Verbesserungen bei der Ehrenamtskarte sowie beim Freiwilligenpass vorstellen. Wir fordern, dass die Ehrenamtskarte noch mehr aktiven Menschen der ehrenamtlichen Arbeit zugänglich gemacht und um weitere Anteile erweitert wird, die Vergünstigungen für Theater, Bibliotheken, Schwimmbäder und Museen enthalten. Darüber hinaus muss geprüft werden, ob auch private Unternehmen nach dem Vorbild anderer Städte in die Ehrenamtskarte eingebunden werden können, indem sie den Karteninhabern Rabatte einräumen.

Ferner fordert die Berliner CDU zu prüfen, wie entsprechend dem österreichischen Vorgehen mit dem FreiwilligenPass die Jobsuche unterstützt werden kann. Jungen Menschen, die ehrenamtlich tätig sind, soll ihr Engagement bei der Bewerbung um einen Studienplatz sowie bei den „Credit Points“ angerechnet werden. Zudem soll ihnen die Freistellung für die Ehrenamts- und Freiwilligenarbeit erleichtert werden. Was jedoch allen Altersgruppen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements wichtig ist, ist die Ermäßigung der Fahrpreise, denn viele von ihnen haben nicht die finanziellen Reserven, ihr Engagement auch noch aus der eigenen Tasche bezahlen zu können. Die jetzige Praxis der Vergabe von Freifahrtsscheinen ist deshalb nicht ausreichend.

Dem Wunsch vieler ehrenamtlich tätiger Berlinerinnen und Berliner folgend, sollte zudem die jährliche Auszeichnung für außerordentliche Leistungen im Bereich der Freiwilligenarbeit und im Ehrenamt immer durch den Regierenden Bürgermeister vorgenommen werden. Aber auch die Bezirke können noch mehr für ihre Ehrenamtlichen tun durch öffentliche Ehrungen, wie z. B. der Vergabe einer bezirklichen Ehrenmedaille durch die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister.

3. Wie steht Ihre Partei finanziellen Anreizen als Teil einer Anerkennungskultur gegenüber?

Der Begriff „finanzieller Anreiz“ scheint uns in Bezug auf das bürgerliche Engagement falsch gewählt. Denn das würde bedeuten, dass Motivation über Geld erzeugt werden soll. Das passt nicht zum Wesen des Ehrenamts. Deshalb ist es angebrachter davon zu sprechen, wie man Menschen unterstützen kann, denen aus finanziellen Gründen die Ehrenamtsarbeit erschwert wird, weil sie sich beispielsweise keine Fahrkarten leisten können. Deshalb muss es in diesen Fällen Unterstützung geben über Freifahrtscheine oder ähnliches. Geringes Einkommen darf nicht dazu führen, dass Menschen aus dem bürgerschaftlichen Engagement ausgegrenzt werden. Hier bedarf es noch eines sorgfältigeren Vorgehens.

4. Wie kann die verlässliche Finanzierung für das „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement sichergestellt werden?

Nach unserer Kenntnis wurde „aktiv in Berlin“ über den Liga-Vertrag mitfinanziert. Nachdem der Senat jetzt diesen Vertrag aufgekündigt hat, muss selbstverständlich eine Nachfolgelösung im Rahmen des neuen Zuwendungsprogramms der Sozialverwaltung gefunden werden. Da jedoch durch das Abgeordnetenhaus seit längerem nicht mehr Einzelprojekte bzw. einzelnen Träger etatisiert sondern Globalsummen beschlossen werden, muss sich „aktiv in Berlin“ daher umgehend an die zuständige Senatsverwaltung wenden.

5. Welchen Stellenwert haben europäische Themen und insbesondere das Engagement zum Europäischen Jahr der Freiwilligkeit? Nach dem derzeitigen Stand sieht die Landesregierung keine finanzielle Unterstützung des Europäischen Jahrs der Freiwilligkeit vor.

Das Jahr 2011 ist von der Europäischen Union zum „Jahr der Freiwilligentätigkeit“ erklärt worden. Deutschland erhält von den dafür vorgesehenen 8 Millionen Euro einen Anteil von

ca. 450.000 Euro. Damit werden Aktivitäten finanziert, die die Leistungen des bürgerschaftlichen Engagements stärker in die Öffentlichkeit bringen. Deshalb bietet sich das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit auch in Berlin an, dieses Thema stärker publik zu machen, um das gesellschaftliche Engagement zu befördern. Zu diesem Zweck wird der Senat in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Partnern entsprechende Veranstaltungen durchführen. Diese Vorhaben finden auch unsere Zustimmung.

6. „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement ist fest überzeugt, dass bürgerschaftliches Engagement in allen Parteien eine zentrale Rolle spielen muss und zivilgesellschaftliche Vertreter bei der Umsetzung von Integrationsstadtteil-konzepten beteiligt werden müssen. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Prozess der Beteiligung der Zivilgesellschaft an Stadtteilkonzepten, besonders bei Integrationskonzepten, zu garantieren und zu festigen?

Parteien könnten ohne das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitglieder gar nicht bestehen. Deshalb gibt es keinen inhaltlichen und praktischen Dissens zu der hier artikulierten Überzeugung, dass das bürgerschaftliche Engagement eine aktive Rolle bei der Gestaltung Berlins einnehmen muss. Auch deshalb begreift die Berliner CDU Vertreterinnen und Vertreter aus den vielfältigen Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements als unverzichtbare Mitstreiter bei der Umsetzung von Konzepten, die für Berlins Zukunft aber auch direkt vor Ort bedeutsam sind. Wir führen deshalb intensive Gespräche mit unterschiedlichsten Verbänden, Organisationen und Initiativen, wie z. B. mit Wohlfahrtsverbänden, Elternvertretungen, Stadteilzentren, Migrantenverbänden und Jugendorganisationen. Deren Arbeit, deren Erfahrungen und deren Rat ist uns wichtig. Deshalb erörtern wir mit ihnen Problemlösungen, wie man gemeinsam erfolgreich für unsere Stadt und ihre Menschen arbeiten kann.

7. Unterstützt Ihre Partei die Gründung einer Beratungs- und Informationsstelle zur Fördermittel-Akquise im Bürgerschaftlichen Engagement?

Nach Auffassung der Berliner CDU muss in Berlin für ein besseres Miteinander von Staat und Bürgern gesorgt werden. Das reicht von der bürgerfreundlichen und serviceorientierten Verwaltung bis hin zur Koordination von Engagement und Privatinitiative. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Bezirksverwaltungen vor Ort Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement einrichten. Diese „Engagement-Agenturen“ sollen mit Rat und Tat zur Seite stehen, Blockaden abbauen und Hilfe vermitteln sowie bürgerschaftlich engagierten Menschen das Gefühl geben, dass ihr Beitrag zum Gemeinwohl gewollt und erwünscht ist. Für diese Tätigkeit wollen wir nach dem Vorbild der „Business-Angels“ erfahrene pensionierte Beamte und Seniorexperten als ehrenamtliche „Engagement-Engel“ zur Unterstützung einsetzen. Diese sollen in Rechts- und Finanzfragen bis hin zur Einwerbung von Spendengeldern beraten, über Marketing und Öffentlichkeitsarbeit sowie Erschließung von staatlichen Fördertöpfen informieren und Türen in der Verwaltung öffnen.

8. Unterstützt Ihre Partei eine Umstellung von einer kurzfristigen zu einer langfristigen Finanzierung einer Engagement fördernden Infrastruktur?

Ja, denn es braucht verlässliche Grundlagen für das bürgerschaftliche Engagement und Planungssicherheit für die Träger.

9. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, ungenutzte öffentliche Infrastruktur kostenlos für Initiativen im bürgerschaftlichen Engagement zugänglich zu machen?

In vielen Berliner Bezirken ist ehrenamtlichen Initiativen die kostenlose Nutzung öffentlicher Gebäude möglich. Dies stellt eine wichtige Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Stadt dar. Da es bedauerlicherweise den Bezirksämtern durch die Mittelkürzungen des Senats immer schwieriger gemacht worden ist, mehr Unterstützung zu leisten, müssen weitere Potentiale erschlossen werden. Das kann erreicht werden, indem mehr Kooperationen mit Schulen, Kitas, Stadtteilzentren und anderen Gemeinwesen-einrichtungen, die vom Senat finanziert werden, geschlossen werden.

10. Erkennt Ihre Partei die Berlinweite Bedeutung des Bürgerengagements sowie die von „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement als Ressort übergreifenden Fachverband an?

Die Berliner CDU erkennt die große Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements in unserer Stadt an und begrüßt den Beitrag, den „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement in diesem Rahmen leistet.

Doch politische Anerkennung allein macht noch lange nicht zu einem Ressort übergreifenden Fachverband. Hier gelten nach unserer Erfahrung andere Kriterien, um sich innerhalb der vielfältigen Berliner Verbandsstrukturen zu behaupten. Dass das „aktiv in Berlin“ gelingen möge, dafür wünschen wir alles Gute und viel Erfolg.